

Anlage 1

Begründung:

Die Jahresrechnung 2010 ist die **dritte** gemeinsame Jahresrechnung der fusionierten Städte Dessau und Roßlau.

Gemäß § 108 Abs. 2 GO LSA stellt der Oberbürgermeister die Vollständigkeit und Richtigkeit der Jahresrechnung fest. **Der Verwaltungshaushalt liegt mit der Jahresrechnung 2010 nicht ausgeglichen vor. Er weist einen Soll-Fehlbetrag von 20.193.418,42 EUR (Vorjahr 20.004.688,70 EUR) aus.**

Der Verwaltungshaushalt 2010 wurde mit einem **Fehlbedarf in Höhe von 26.820.900 EUR (Vorjahr 23.627.000 EUR)** geplant.

Mit der Jahresrechnung 2010 konnten demzufolge **Einsparungen von 6.627.481,58 EUR (Vorjahr 3.622.311,30 EUR)** gegenüber dem Haushaltsplan erwirtschaftet werden.

Zu dieser Verbesserung gegenüber dem geplanten Ergebnis trugen im Wesentlichen Minderausgaben in Höhe von 7.997.564,92 EUR bei. Mindereinnahmen in Höhe von 1.370.083,34 EUR haben diese positiven Effekte teilweise kompensiert.

Diese setzen sich aus nachfolgenden Schwerpunkten zusammen:

➤ Minderausgaben bei	
o Personalaufwendungen	2.914.846,40 EUR
o den Zuweisungen und Zuschüssen	2.350.234,44 EUR
darunter	
- Leistungen der Jugendhilfe	1.016.710,25 EUR
- den sonstigen sozialen Leistungen (insbesondere Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz	927.617,06 EUR
- Zuschüsse an freie Träger Kita	293.366,68 EUR
- Zuschüsse an Träger KommunalKombi	256.486,67 EUR
o den Zinsausgaben für Investitions- und Kassenkredite	268.740,41 EUR
o Sonstige Verwaltungs- und Betriebsausgaben	2.463.743,67 EUR
darunter..	
- Bewirtschaftungskosten	540.062,45 EUR
- Steuern, Geschäftsausgaben	591.756,57 EUR
- weitere Verwaltungs- und Betriebsausgaben	757.309,51 EUR
- Erstattung von Ausgaben des VWH	262.550,52 EUR
➤ Mindereinnahmen bei	
o Realsteuern	552.287,02 EUR
o Gemeindeanteil an Einkommens- und Umsatzsteuern	170.481,60 EUR
o Verwaltungs- und Benutzungsgebühren	429.170,35 EUR
o Zinsen und Säumniszuschläge	461.859,94 EUR
o Ersatzleistungen für soziale Leistungen	314.591,10 EUR
o Zuweisungen und Zuschüsse vom Land	263.797,39 EUR
o Erstattungen für Ausgaben, insbesondere durch die BA im Rahmen der Verwaltung der Grundsicherung für Arbeitssuchende	367.575,65 EUR

Diese negative Entwicklung wurde durch Mehreinnahmen bei den Mieten und Pachten von 312.659,51 EUR, den Konzessionsabgaben und Dividenden von 233.815,31 EUR und durch die Absenkung der Globalbereinigung gegenüber dem Vorjahr von 593.900,00 EUR gedämpft.

Mit den erreichten Einsparungen ist es wiederum gelungen, zusätzliche Belastungen für die Folgejahre im Verwaltungshaushalt zu vermeiden.

Die Ursachen für das Rechnungsergebnis sind in der Kurzanalyse der Jahresrechnung 2010 dargestellt.

Im Ergebnis der Jahresrechnung des Verwaltungshaushaltes 2010 ist eine Zuführung des Verwaltungshaushaltes an den Vermögenshaushalt in Höhe von 6.131.196,51 EUR (Vorjahr 3.753.995,61 EUR) (Haushaltsstelle: 1.91100.86000) enthalten. Die ausgewiesene Zuführung entspricht der ordentlichen Tilgung von Krediten.

Eine darüber hinausgehende Soll-Zuführung war auf Grund der gegenüber den Ausgaben fehlenden Einnahmen nicht möglich.

Die Gesamtsumme der Zuführung an den Vermögenshaushalt von 6.131.196,51 EUR ist darüber hinaus nach § 22 Abs. 1 GemHVO mit dem Gesamtbetrag der aus speziellen Entgelten gedeckten Abschreibungen zu vergleichen. Der in diesem Vergleich höhere Betrag soll an den Vermögenshaushalt abgeführt werden.

Die Pflichtzuführung mit 6.131.196,51 EUR ist höher als die Summe der aus speziellen Entgelten gedeckten Abschreibungen von 66.834,39 EUR. Damit ist die Sollmindestzuführung erreicht.

Der Verwaltungshaushalt weist in der Jahresrechnung 2010 Einnahmen von 164.578.916,66 EUR und Ausgaben von 184.772.335,08 EUR aus. Dieses Ergebnis beinhaltet eine Globalniederschlagung 2010 im Verwaltungshaushalt in Höhe von 1.205.000,00 EUR. Daneben wurden bei der Grundsteuer B Kasseneinnahmereste in Höhe von 450.000,00 EUR, bei der Gewerbesteuer in Höhe von 1.000.000,00 EUR sowie bei den Einnahmen aus übergeleiteten Unterhaltsansprüchen 1.800.000,00 EUR pauschal bereinigt.

Bei der pauschalen und globalen Restebereinigung wurden die Soll-Einnahmen 2010 um den Betrag reduziert, von dem abschätzbar ist, dass Einnahmen in dieser Größenordnung voraussichtlich nicht realisiert werden.

Das geschieht mit dem Ziel, ein wirklichkeitsnahes Jahresergebnis auszuweisen. Die nicht realisierten Forderungen werden jedoch in voller Höhe (ohne die Reduzierung 2010 von 4.455.000,00 EUR) in das Jahr 2011 vorgetragen und von der Kasse weiter verfolgt.

Anlagen

2. Feststellung des Ergebnisses
3. Zuführung zwischen Verwaltungs- und Vermögenshaushalt
4. kassenmäßiger Abschluss